

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Einleitung

17

Teil 2

Das verbandsrechtliche Beschlussmängelrecht

23

A. Der Beschluss	23
I. Die Rechtsnatur des Beschlusses	23
II. Die Rechtsnatur der Feststellung des Jahresabschlusses	24
III. Eintritt der Wirksamkeit	26
IV. Rechtswirkung von Beschlüssen, Innen- und Außenwirkung	27
1. Durchführungsgeschäfte	29
2. Die Feststellung des Jahresabschlusses	33
B. Das verbandsrechtliche Beschlussmängelrecht	35
I. Das aktienrechtliche Beschlussmängelrecht	36
1. Die einzelnen Fehlerkategorien und ihre Abgrenzung	37
a) Nichtigkeit	37
b) Anfechtbarkeit	38
c) Feststellung des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung	39
d) Feststellung des Jahresabschlusses durch den Vorstand und den Aufsichtsrat	39
e) Fehlerhaftigkeit von Beschlüssen anderer Organe	40
2. Die Geltendmachung von Beschlussmängeln	40
a) Die Anfechtungsklage	42
aa) Die Anfechtungsbefugnis der Aktionäre	42
bb) Die Anfechtungsbefugnis des Vorstands	48
cc) Die Anfechtungsbefugnis der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	49
b) Die Nichtigkeitsklage	50
aa) Rechtsnatur der Nichtigkeitsklage als Feststellungsklage	50
(1) Keine Ermächtigung für richterliche Gestaltung	51
(2) Kein Widerspruch zur Lehre von der Doppelwirkung im Recht	52
(3) Kein Widerspruch zur Rechtsprechung des BGH zum Streitgegenstand	53

bb) Aktivlegitimation und Rechtsschutzbedürfnis	55
c) Die Gesellschaft als Beklagte (Passivlegitimation)	56
3. Die Urteilswirkungen einer erfolgreichen Beschlussmängelklage	57
a) Erfordernis einer Rechtsgrundlage für eine Rechtskrafterstreckung	58
b) Keine Notwendigkeit für eine Rechtsfortbildung	61
aa) Vergleich der Rechtskraft von Anfechtungs- und Nichtigkeitsurteil	62
bb) Vergleich der materiellen Reichweite	63
cc) Folgen für eine Nebenintervention	76
4. Die Dispositionsmaxime im Beschlussmängelstreit	77
5. Die Kommanditgesellschaft auf Aktie	80
II. Das Beschlussmängelrecht in der Genossenschaft	81
III. Das Beschlussmängelrecht in der GmbH	82
IV. Das Beschlussmängelrecht im eingetragenen Verein	87
V. Das Beschlussmängelrecht in der Personengesellschaft	89

Teil 3

Die Verbandsinsolvenz	93
A. Die Funktionsverteilung in der Regelinsolvenz	94
I. Verlust der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	96
II. Auflösung der Gesellschaft und Zweckänderung	100
III. Die Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	105
1. Die Amtstheorie (h. M.)	106
2. Die Vertretertheorie	107
3. Die Organtheorie	107
4. Die modifizierte Vertreter- und Organtheorie	108
B. Das Kompetenzgefüge in der Regelinsolvenz	108
I. Funktionsteilung nach Friedrich Weber	110
II. Kritik: Keine Funktionsteilung zwischen Verwalter und Organen	112

Teil 4

Das Beschlussmängelrecht in der Insolvenz	117
A. Anfechtbare Beschlüsse	120
I. Verfügender Ausgangsbeschluss i.S.d. § 81 InsO	121
1. Firmenänderung	121
2. Entlastung	124

II.	Anspruchs begründender Ausgangsbeschluss	124
1.	Kapitalerhöhung in der AG und GmbH	125
a)	Rückgängigmachung einer wirksamen Kapitalerhöhung in Insolvenz	128
b)	Abbruch einer Kapitalerhöhung durch Widerruf	130
2.	Einforderung von Nachschüssen in der GmbH	136
III.	Verbindlichkeits begründender Ausgangsbeschluss	137
1.	Gewinnverwendungsbeschluss	137
2.	Aufsichtsratsvergütung	138
IV.	Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften	140
1.	Beschlüsse mit ausschließlicher Wirkung im Innenverhältnis	140
a)	Erteilung von Prokura und Handlungsvollmacht	140
b)	<i>Holzmüller</i> -Grundsätze	142
2.	Begrenzung der Vertretungsmacht im Außenverhältnis	142
V.	Insolvenzfreier Bereich	143
1.	Beschluss über die Auflösung oder Fortsetzung	145
2.	Weisungen	146
B.	Nichtige unheilbare Beschlüsse	147
I.	Beschlüsse im eingetragenen Verein	147
II.	Beschlüsse in der Personengesellschaft	148
C.	Nichtige heilbare Beschlüsse	149
I.	Die Feststellung des Jahresabschlusses	150
II.	Folgen der Heilung und des Nichtigkeitsurteils	155
1.	Feststellung und Steuerfestsetzung	157
2.	Feststellung und gewinnabhängige Rechte Dritter	159
3.	Feststellung und Gewinnverwendung	159

Teil 5

	Beschlussmängelklagen in der Insolvenz	160
A.	Der Meinungsstand zur Passivlegitimation im Beschlussmängelstreit nach der Insolvenzeröffnung	160
I.	Die Entwicklung der h.M.	161
II.	Gegenmeinungen	164
1.	Der Insolvenzverwalter ist im Falle eines Massebezuugs stets passivlegitimiert	164
2.	Die Gesellschaft ist bei einer Beschlussmängelklage stets passivlegitimiert . . .	167
3.	Schwab: Der Insolvenzverwalter ist bei einer Beschlussmängelklage stets passivlegitimiert	168
B.	Der Meinungsstand zur Aktivlegitimation des Insolvenzverwalters	168

C. Stellungnahme	171
I. Passivlegitimation	171
1. Keine Relevanz der Insolvenzzweckwidrigkeit für die Bestimmung der Passivlegitimation	172
2. Einfluss der Prozessökonomie	175
3. Folgewirkungen für die Insolvenzmasse sind nicht auf Passiv-, sondern auf Aktivseite zu berücksichtigen	176
a) Entzug der Klagebefugnis	177
b) Wegfall der generellen Annahme eines Rechtsschutzinteresses	180
aa) Die Bedeutung der Insolvenzeröffnung für die Mitgliedschaftsrechte der Verbandsmitglieder	181
bb) Das Rechtsschutzbedürfnis der Organe und Verbandsmitglieder im Lichte von § 80 InsO	184
4. Folgen für den Beschlussmängelstreit im Regelinsolvenzverfahren	187
II. Keine Aktivlegitimation des Insolvenzverwalters	189
1. Dogmatische Schwäche der h.M.	191
a) Klagebefugnis des Vorstands ist kein Recht des Verbandes	192
b) Keine Verdrängung des Vorstands aus der Aufgabe zur Beschlusskontrolle	193
2. Rechtsfortbildung	199
a) Teleologische Extension von § 80 Abs. 1 InsO	199
b) Erweiternde Auslegung von § 80 InsO	200
c) Originäres Recht des Insolvenzverwalters	201
3. Stellungnahme: Kein Erfordernis für eine Aktivlegitimation des Insolvenzverwalters	202
a) Keine Regelungslücke hinsichtlich der Nichtigkeitsklage	205
b) Die Folgen der Heilung für Ansprüche auf Gewinnrückzahlung	209
aa) Rückforderung von Dividenden in der AG	210
bb) Rückforderung von Gewinnausschüttungen in der GmbH	213
(1) Anspruch aus § 31 Abs. 1 GmbHG	213
(2) Anspruch aus § 812 BGB	214
cc) Rückforderung von Scheingewinnen in Personengesellschaften	215
dd) Zwischenergebnis	215
c) Der insolvenzrechtliche Gläubigerschutz	216
aa) Gläubigerbenachteiligende Rechtshandlung gemäß § 129 InsO	219
bb) Unentgeltliche Leistung § 134 InsO	221
(1) Dividendenzahlung an Aktionäre	221
(2) Gewinnausschüttung an GmbH-Gesellschafter	229
(3) Personengesellschaftsrecht	232
cc) Vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung § 133 InsO	232
dd) Zwischenergebnis	236

d) Institutionalisierung einer Verkürzung rechtlichen Gehörs	236
aa) Fehlende Möglichkeit des Verbandes zur Rechtsverteidigung	237
bb) Nebenintervention als Kompensation für fehlende prozessuale Handlungsfähigkeit des Verbandes ist nicht praxistauglich	240
e) Die Möglichkeit einer Nichtigkeitsklage durch den Insolvenzverwalter de lege ferenda	245
 <i>Teil 6</i>	
Zusammenfassende Ergebnisdarstellung	250
Literaturverzeichnis	253
Stichwortverzeichnis	282